



Newsletter 05/22, 31. Mai 2022

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

noch immer ist der Russland-Ukraine-Krieg bestimmendes Thema, sei es bei der Problematik der Energieversorgung, der drohenden Nahrungsmittelknappheit oder auch der Aufnahme von Flüchtlingen. Die Hilfsbereitschaft der Deutschen für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge ist auch im vierten Monat des Krieges weiterhin überwältigend. Unzählige Freiwillige engagieren sich ehrenamtlich. Daher haben wir als Fraktion im Mai den Masterplan "Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche" eingebracht, um deutlich zu machen wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen noch besser geholfen werden kann. Leider wurde dieser Antrag jedoch von der Ampel-Koalition abgelehnt.

Um die - auch infolge der Ukraine-Krise - steigenden Energiepreise etwas abzumildern, hat die Regierungskoalition die Einführung eines Energiegelds beschlossen. Dieses beinhaltet eine einmalige Zahlung von 300€ voraussichtlich im September an alle Erwerbstätigen. Rentnerinnen und Rentner jedoch erhalten dem Willen der SPD, Grünen und FDP nach kein Geld. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion halten dies für ungerecht, denn auch Rentnerinnen und Rentner sind von den steigenden Energiepreisen betroffen. Die Ampel begründet ihr Vorgehen mit „kurzfristig und drastisch gestiegenen Wegeaufwendungen“ für Erwerbstätige. Dies überzeugt jedoch nicht, da auch alle

Berufstätigen die Pauschale erhalten sollen, die in Laufnähe zu ihrem Arbeitsplatz wohnen. Diese Entscheidung der Ampel-Koalition können wir nicht nachvollziehen und machen uns weiterhin für Sie stark: Die Auszahlung des Energiegelds muss auch an Rentnerinnen und Rentner erfolgen!

Mit herzlichen Grüßen für ein schönes Pfingstfest!

Ihre



Neues aus dem Bundestag



Meine 5. Rede im Bundestag

Im Mai habe ich meine 5. Rede im Bundestag gehalten. Thema war der Antrag der Linken: "Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege - Veto-Recht kirchlicher Kommissionen streichen".

Hier die zwei wichtigsten Punkte:

- Eine Minderheit, die nur 5% der Pflegeplätze in Deutschland vorhält, kann schwerlich einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag verhandeln, der der Mehrheit von 95% Vorgaben macht! Dies stellt der Antrag der Linken ebenso falsch dar wie die Gründe, warum die kirchlichen Träger in den Verhandlungen dem vorgelegten Tarifvertrag nicht zugestimmt haben. Das Mitspracherecht kirchlicher Kommissionen wurde mit gutem Grund in der letzten Legislaturperiode in das Pflegelöhne-Verbesserungsgesetz aufgenommen. Die kirchlichen Träger zahlen deutlich mehr als nach dem neuen Vertrag vorgesehen war. Insofern muss man den Kirchen dankbar sein, dass sie den Verhandlungsergebnissen

nicht zugestimmt haben. Dies hätte vielen Pflegekräften keinen Euro mehr gebracht - im Gegenteil: Die Pflegeeinrichtungen wären, wenn sich die Krankenkassen an den niedrigen Tarifen orientiert hätten, in eine Unterfinanzierung geraten. Entweder hätte dies negative Auswirkungen auf die Löhne gehabt oder der Differenzbetrag hätte z.B. durch kommunale Zuschüsse von den Kreisen getragen werden müssen.

- Aus einer Vielzahl an Gesprächen vor Ort in diversen Pflegeeinrichtungen weiß ich: Es ist längst nicht mehr die Vergütung, die Pflegefachkräfte abwandern lässt. Viel wichtiger sind die Arbeitsbedingungen, die verbessert werden müssen. Das zentrale Thema ist: Mehr Kolleginnen und Kollegen, eine bessere Personalausstattung und verbindliche Personalbemessung sowohl in der Langzeitpflege als auch im Krankenhaus. Dem Pflegeberuf fehlt die Wertschätzung und er ist überreguliert. Ausgebildeten und erfahrenen Fachkräften wird nicht die Freiheit gegeben, das zu tun, was sie gelernt haben - nämlich Menschen kompetent und gut zu pflegen - auf Augenhöhe mit anderen Gesundheitsfachberufen.

Die Rede in voller Länge können Sie [hier](#) ansehen.



Plenarwochen 09. bis 13. und 16. bis 20. Mai 2022

Russland-Ukraine-Krieg und Ernährungssicherheit

In den zwei aufeinanderfolgenden Plenarwochen in Berlin standen sehr viele Themen auf der Tagesordnung, von denen ich zwei herausgreifen will. Unter anderem gab es auf Verlangen unserer Fraktion eine aktuelle Stunde zum Thema: „Hunger vermeiden – Mehr Lebensmittel produzieren statt Ackerflächen stilllegen“. Infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine droht eine weltweite Nahrungsmittelknappheit. Auch bei uns steigen die Lebensmittelpreise - und zwar mitunter stark. Dies bedeutet, dass

Nahrungsmittel in anderen Regionen dieser Welt knapp werden. Hunger und Elend drohen gerade im Nahen Osten und in Afrika südlich der Sahara. Schon 2021 litten weltweit rund 200 Millionen Menschen unter Hunger. Der Krieg in der Ukraine wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Ein Weiter-so, als ob nichts wäre, ist zynisch und unethisch!

Wir befinden uns am Vorabend einer humanitären Katastrophe. Der afrikanische Kontinent ist auf Getreide aus der Ukraine angewiesen: z.B. bezieht Kenia 80 Prozent seines Weizenimportes aus der Ukraine. Deutschland muss in dieser Ausnahmesituation jeden möglichen Beitrag leisten, um Hunger in der Welt zu vermeiden und die Lebensmittelproduktion zu steigern.

In der aktuellen Stunde hat die Unionsfraktion dem Landwirtschaftsminister zurecht vorgeworfen, trotz der drohenden Hungersnot infolge des Russland-Ukraine-Kriegs nichts für die Ernährungssicherheit zu tun. Der agrarpolitische Sprecher der Fraktion, Albert Stegemann, forderte eindringlich, die Pläne zur Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen ab 2023 auszusetzen.

Für uns als Unionsfraktion ist klar: Deutschland und Europa haben eine Verantwortung, die über die eigene Bevölkerung und deren Belastungen als Verbraucher hinausreicht. Die Europäische Kommission hat das Problem erkannt. Mit dem Ernährungsnotfallplan hat sie den Mitgliedstaaten eingeräumt, Brachflächen für den Anbau – etwa von Brotweizen – freizugeben. Die Agrarminister der Länder waren ebenfalls dafür. Aber während andere europäische Staaten sofort den Anbau ermöglichten, ließ Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir die Chance durch schlichten Fristablauf verstreichen. Dadurch können in Deutschland rund 800.000 Tonnen Weizen im Jahr nicht geerntet werden. Das hätte für die Ernährung von mindestens drei Millionen Menschen ausgereicht.

Zur Verdeutlichung der Problematik ein Zahlenbeispiel: Wir haben in Deutschland insgesamt 11 Millionen Hektar Ackerland. Vier Prozent davon ergeben über 440 000 Hektar. Wenn man auf diesen 440 000 Hektar die übliche Menge von ca. 50 Tonnen Kartoffeln ernten würde, dann ergibt das über 22 Millionen Tonnen Nahrungsmittel. Dieses Potenzial nicht zu nutzen, ist verantwortungslos!

Zu diesem Thema werde ich am 22. Juli ab 19 Uhr eine DialogWERKSTATT veranstalten. Sie sind herzlich eingeladen. Weitere Informationen finden Sie auf meiner Homepage oder können im Wahlkreisbüro erfragt werden.

Orientierungsdebatte begleiteter Suizid

Außerdem fand eine äußerst wichtige Orientierungsdebatte zum Thema Suizidhilfe statt, die die unterschiedlichen Standpunkte der Fraktionen deutlich werden ließ. Für mich als Mitglied des Gesundheitsausschusses ist dieses Thema natürlich besonders wichtig. In den vergangenen Wochen habe ich daher zu diesem Thema viele Gespräche mit verschiedenen Akteuren geführt, u.a. mit der Caritas, der Diakonie, Ambulanten Hospizgruppen, Palliativmedizinerinnen und Psychotherapeuten.

Mit dem Urteil vom 26. Februar 2020 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Freiheit, sich das Leben zu nehmen, auch die Freiheit umfasst, hierfür bei Dritten Hilfe zu suchen und diese in Anspruch zu nehmen. Der durch das "Gesetz zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung" 2015 eingefügte § 217 des Strafgesetzbuches wurde für mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig erklärt. Danach ist die "geschäftsmäßige" Suizidhilfe, also eine auf wiederholte Hilfe zur Selbsttötung angelegte Tätigkeit von Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen, grundsätzlich wieder straffrei und ohne Regelungen zum Schutz der Freiverantwortlichkeit

möglich.

Wir als CDU/CSU-Fraktion sind der Meinung, dass der Staat auch hier seiner Schutzpflicht gerecht werden und dafür Sorge tragen muss, dass der Entschluss zur Selbsttötung nicht nur auf einer vorübergehenden Lebenskrise oder einer psychosozialen Einflussnahme beruht und keine psychische Erkrankung dem Selbsttötungsentschluss zugrunde liegt. Daher müssen wir flächendeckend Beratungsangebote ermöglichen und niederschwellig Unterstützung anbieten. Notwendig sind genügend Therapieplätze, die eine umfassende Auseinandersetzung mit dem eigenen Wunsch, so nicht leben zu wollen, ermöglichen. Denn „ich will nicht leben“ heißt oft „ich will so nicht leben“. Die freie, selbstbestimmte Entscheidung des Einzelnen bezüglich des eigenen Lebens oder Sterbens ist wichtig und grundlegend - der "Normalisierung" der Sterbehilfe muss jedoch entgegengewirkt werden. Niemand in unserem Land ist überflüssig!

Auch zu diesem Thema werde ich in den kommenden Monaten eine DialogWERKSTATT veranstalten.



Eine besondere Begegnung: Auf einen Kaffee mit Prof. Dr. Rita Süßmuth

In der letzten Plenarwoche habe ich ein großes politisches Vorbild meiner Jugendjahre getroffen: Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D. und ehemalige Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit.

Rita Süßmuth war für mich Vorbild für Entschlossenheit, Durchsetzungswillen und Mut, Veränderungen zu gestalten - authentisch, kämpferisch und konsequent.

Sie ist auch heute noch Stimme und Anwältin der Frauen und setzt sich mit ganzer Energie für Parität von Männern und Frauen ein, also für ein gleichmäßiges Verhältnis von

Stimmen in einem Gremium.

Das war auch Thema unseres Gesprächs. Ebenso wie in der Corona-Pandemie überwiegend die Frauen die Folgen der Schließung von Kindergärten und Schulen getragen haben. Die gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentation von Mann und Frau in allen Bereichen der Gesellschaft ist noch nicht erreicht. Dies zu ändern, muss unser aller Anliegen sein!



50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin!

50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis konnten Mitte Mai zur Bildungs- und Informationsfahrt nach Berlin reisen. Das Bundespresseamt (BPA) bietet jedem Abgeordneten die Möglichkeit, politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger nach Berlin einzuladen.

Ich habe mich sehr gefreut, zum ersten Mal als Abgeordnete Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis zur Bildungs- und Informationsfahrt begrüßen zu dürfen. Der intensive Austausch über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete und viele bundespolitische Themen zeigten das große Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Bei der viertägigen Reise haben die Bürgerinnen und Bürger einen Einblick in das politische Berlin erhalten. Das Programm der Reise beinhaltete unter anderem einen Besuch des Reichstages, einen Informationsvortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaales und eine Gesprächsrunde mit mir im Bundestag. Hinzu kamen Stadtrundfahrten, der Besuch von Museen, unter anderem das Stasi-Museum und das ehemalige Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen. Die 50 eingeladenen Personen kamen unter anderem aus Lörrach, Rheinfeldern (Baden), Grenzach-Wyhlen, Schopfheim, Ballrechten-Dottingen und Bad Krozingen.

Außerdem hat mich sehr gefreut, dass auch sechs Menschen von der ‚Lebenshilfe Lörrach‘ und ihre zwei Begleitpersonen mit nach Berlin reisen konnten. Auch ihnen hat das Programm großen Spaß gemacht. Eine hervorragende Bildungs- und Informationsfahrt, die das Bundespresseamt Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht!

Wer Interesse an einer solchen Fahrt hat, kann sich in meinem Wahlkreisbüro um einen Platz bewerben!

Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie

Neues aus dem Wahlkreis



Bundestags-Stipendiatin kommt aus Rheinfelden!

Ich habe mich sehr gefreut, dass Jana Fehnle aus Rheinfelden in meinem Wahlkreis ein USA-Stipendium des Deutschen Bundestages erhält und ich ihre Patin sein darf! Das Parlamentarische-Patenschafts-Programm (PPP) ist ein gemeinsames Programm des

Deutschen Bundestages und des US-Congress. Es steht unter der Schirmherrschaft der Bundestagspräsidentin.

Es gibt das PPP bereits seit 1983. Jedes Jahr haben Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige die Chance, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikanerinnen und Amerikaner zu Gast in Deutschland. Jede Stipendiatin und jeder Stipendiat erhält eine Bundestagsabgeordnete oder einen Bundestagsabgeordneten als Patin/Paten, die/der ihr/ihm zur Seite steht und Kontakt während der Zeit im Ausland hält. Auch die amerikanischen Gäste treffen die Abgeordneten während ihres Aufenthalts in Deutschland.

Bis zum 9. September 2022 läuft die Bewerbungsfrist für das Austauschjahr 2023/2024. Weitere Infos gibt es [hier](#). Sehr gerne unterstützte ich junge Menschen dabei, ihren Weg zu finden. Das USA-Stipendium ist eine super Chance dafür!



Austausch zur Situation der Kliniken im Landkreis Lörrach

Als direkt gewählte Abgeordnete halte ich stets Kontakt zu Unternehmen und Institutionen in meinem Wahlkreis Lörrach-Müllheim. Mit Klinikgeschäftsführer Armin Müller und weiteren Vertretern habe ich über die Strukturen und die aktuelle Situation der Kliniken des Landkreises im Kreiskrankenhaus Lörrach gesprochen. Als besonders wichtig haben sich folgende Punkte herausgestellt:

- Die Kliniken benötigen dringend eine Verlängerung der Ausgleichszahlungen aus dem Rettungsschirm, denn noch immer gibt es Corona-Fälle auf den Stationen mit

kostenintensiven Einschränkungen. Dies wirkt sich beispielsweise bei der eingeschränkten Belegungsmöglichkeit von Zimmern aus.

- Die Krankenhausfinanzierung muss grundsätzlich angegangen werden. Die Berechnung nach der Anzahl der Patientinnen und Patienten allein ist zu wenig, um die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung zu garantieren. Notwendig ist eine ergänzende Sockelfinanzierung!
- Das Neubauprojekt der Kliniken in Lörrach verbessert die Patientenversorgung und sichert Arbeitsplätze. Allerdings ist es von den aktuellen Kostensteigerungen in der Baubranche enorm betroffen. Es muss sichergestellt werden, dass die Kliniken und die Träger die Mehrkosten tragen können. Angesichts der weltpolitischen und wirtschaftlichen Lage muss es hierfür auch Unterstützung aus der Landes- und Bundespolitik geben!



EU-Projekttag an der FES Lörrach

Anlässlich der Europawoche fanden im Mai an vielen Schulen EU-Projekttag statt. Ich durfte an der Freien Evangelischen Schule Lörrach ins Gespräch mit Schülerinnen und Schülern von zwei 9. Klassen und einem Abiturskurs Politik gehen. Die Schülerinnen und Schüler haben viele Fragen an mich gestellt, u.a. zu meiner Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis, zur Auswirkung von europäischen Gesetzen auf politisches Handeln in Deutschland, zum Fachkräftemangel im medizinischen Bereich, zur interfraktionellen Zusammenarbeit sowie zu aktuellen politischen Herausforderungen. Es ist immer wieder schön, zu erleben, wie sich junge Menschen für Politik und demokratische Entscheidungen interessieren! Danke für die Einladung und die vielen spannenden Fragen, auch im anschließenden Gespräch mit der Schulleitung! Ich habe mich sehr über den regen Austausch und die erfrischenden Gedanken der Diskutanten gefreut!

Außerdem ist 2022 Europäisches Jahr der Jugend (EJJ 2022 bzw. EYY 2022) mit dem Motto "Von jungen Menschen für junge Menschen!". Der jungen Generation, die unter Corona sehr gelitten hat, sollen im Jahr 2022 wieder bessere Zukunftschancen und Möglichkeiten geboten werden. Das ganze Jahr werden von der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, den EU-Mitgliedstaaten sowie regionalen und lokalen Behörden und Jugendorganisationen eine Vielzahl von Aktivitäten für junge Menschen initiiert. Die Initiativen im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend werden unter anderem mit 8 Millionen Euro unterstützt, die aus einer Aufstockung des Programms Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps für das Jahr 2022 stammen. Weitere Informationen zum Europäischen Jahr der Jugend finden Sie [hier](#).

Augenblicke



... anlässlich des "Tags der Pressefreiheit" mit der von mir lange herausgegebenen Schülerzeitung "Pepperoni"... Gesundheitspolitischer Austausch mit Jürgen Mihailowitsch, Geschäftsbereichsleiter Versorgungsmanagement, und Uwe Daltoe, stellvertretender AOK-Geschäftsführer Hochrhein-Bodensee ...



... Gespräch mit Tilman Steinmann, Hausleitung der GEVITA Residenz Lörrach ... zum "Tag des Grundgesetzes" am 23. Mai ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

30. Mai - 03. Juni

Plenarwoche Bundestag Berlin

Sonntag, 05. Juni

11:00 Uhr Besuch des Tags der Polizei auf der Landesgartenschau Neuenburg am Rhein

13:00 Uhr Besuch des Pfingstfluglagers des Markgräfler Luftsportvereins e.V. Müllheim

Montag, 06. Juni

15:30 Uhr Fackelübernahme im Rahmen des Ambulanten Kinder- und Jugendhospiz-Laufs durch Deutschland beim EnergieDienst Rheinfelden

Mittwoch, 08. Juni

10:30 Uhr Brunch mit der Frauenunion Rheinfelden

16:00 Uhr Gespräch im Wasserkraftwerk Lörrach mit verschiedenen Kraftwerk-Betreibern

Donnerstag, 09. Juni

Unternehmensbesuche in Grenzach-Wyhlen: Roche AG und BASF AG, einschließlich des Informationscenters Kesselgrube

Samstag, 11. und Sonntag, 12. Juni

Sommer-Confetti-Festival Lörrach

Freitag, 17. Juni

Plenarversammlung des Districrates des TEB Basel

Sonntag, 19. Juni und Montag, 20. Juni

Klausurtagung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages

20. Juni - 24. Juni

Plenarwoche Bundestag Berlin

Montag, 20. Juni

DialogWERKSTATT „Frankreich nach den Wahlen - Bedeutung für Europa und das Dreiländereck“ (digital, Zugangsdaten vorab auf meiner Homepage)

Donnerstag, 23. Juni

11:30 Uhr Teilnahme an Podiumsdiskussion "BIS 2030-Strategie: Aktivitäten und Maßnahmen zur Eindämmung von HIV, Hepatitis C und C – muss politisch deutlich mehr kommen?" beim Hauptstadtkongress "Medizin und Gesundheit"

Samstag, 25. Juni

10:30 Uhr Landesvorstand Frauenunion Baden-Württemberg

14:30 Uhr Kreisvorstand Frauenunion Lörrach

Montag, 27. Juni

19:00 Uhr Besuch des THW Schopfheim

Dienstag, 28. Juni

Besuch der Flüchtlingsunterkunft Bamlach

Mittwoch, 29. Juni

Besuch des Landtags Baden-Württemberg mit der CDU-Kreistagsfraktion Lörrach

Donnerstag, 30. Juni

15:00 Uhr Teilnahme an Veranstaltung "3Land – gemeinsam neue Verbindungen schaffen" zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Basel

18:00 Uhr Kreisvorstandssitzung CDU



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de